

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/006(V)/10			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 23.04.2010	Hasselbachsaal	16:00Uhr	17:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift Verwaltungsausschuss 05. 03. 2010
- 4 Informationen und Anträge
 - 4.1 Semesterticket für Fernstudenten
Vorlage: A0021/10
Fraktion CDU/BfM
 - 4.1.1 Semesterticket für Fernstudenten
Vorlage: S0040/10
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

- 4.2 Bundeshauptstadt der Biodiversität
Vorlage: A0022/10

Fraktion CDU/BfM
- 4.2.1 Bundeshauptstadt der Biodiversität
Vorlage: A0022/10/1

Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
- 4.2.2 Bundeshauptstadt der Biodiversität
Vorlage: S0053/10

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 5 Beschlussvorlagen und Informationen
- 5.1 Gründung und Satzung des Seniorenbeirates
Vorlage: DS0155/10

BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 5.2 Stand der Umsetzung des A0093/09 der CDU-Fraktion -
Graffitiprojekt in Magdeburg - Gestaltung von Stromverteilerkästen
Vorlage: I0052/10

BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 5.3 Wiederaufbau der Ulrichskirche
Vorlage: DS0133/10

BE: Oberbürgermeister
- 5.4 Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0551/09

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 5.5 Änderung des Gesellschaftsvertrages der GWM Gesellschaft für
Wirtschaftsservice Magdeburg mbH
Vorlage: DS0097/10

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 6 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Stadtrat Burkhard Lischka

Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst

Stadträtin Karin Meinecke

i.V.f. SR Müller

Stadtrat Jens Rösler

i.V.f. SR Stage

Stadtrat Hubert Salzborn

i.V.f. SR Stern

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Mirko Stage

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Oliver Müller

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Zum TOP 5.4. DS0551/09 Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg nimmt Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, Bezug auf ein vorliegendes Schreiben aller Fraktionen, in dem noch Abstimmungsbedarf zur Drucksache signalisiert wird. Er bittet um Vertagung der Drucksache.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper spricht sich für die Behandlung des TOP aus, um zunächst die Gründe für die vorliegenden Satzungsänderungen erläutern zu können.

Die ungeänderte Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift Verwaltungsausschuss 05. 03. 2010

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 4 Enthaltungen bestätigt.

4. Informationen und Anträge

4.1. Semesterticket für Fernstudenten Vorlage: A0021/10

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, informiert, dass die Thematik zwar noch nicht in seiner Fraktion abgestimmt wurde, sieht den beantragten Prüfauftrag jedoch als erfüllt an. Er erklärt, dass aus seiner Sicht der Antrag mit der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung erledigt ist.

4.1.1. Semesterticket für Fernstudenten Vorlage: S0040/10

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.2. Bundeshauptstadt der Biodiversität Vorlage: A0022/10

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, bittet um Zustimmung zum vorliegenden Antrag und spricht sich dafür aus, im Sinne der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung zu verfahren.

Zum kritischen Hinweis des Stadtrates Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, dass die Stellungnahme der Verwaltung keine Aussagen zum Änderungsantrag seiner Fraktion enthält, macht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper darauf aufmerksam, dass dieser Änderungsantrag erst nach Vorliegen der Stellungnahme eingebracht wurde.

Eingehend auf den kritischen Hinweis nimmt der Beigeordnete I Herr Platz Bezug auf den Änderungsantrag und informiert über die diesbezüglich geführte Abstimmung mit dem Umweltamt. Hinsichtlich der beantragten Unterzeichnung der Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ und der hierfür vorgeschlagenen Terminierung sieht er keine Probleme. Er spricht sich für eine Befürwortung des Antrages aus und legt dar, dass im Monat Juli hinsichtlich der Wettbewerbsbedingungen mehr bekannt sein wird.

Im Ergebnis der Diskussion sprechen sich die Mitglieder des Verwaltungsausschusses einstimmig für die Bewerbung zur Teilnahme am Wettbewerb „Bundeshauptstadt für Biodiversität“ aus.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0022/10 der Fraktion CDU/BfM unter Beachtung des Änderungsantrages A0022/10/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! in seiner Sitzung am 27. 05. 2010 zu beschließen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5. Beschlussvorlagen und Informationen

5.1. Gründung und Satzung des Seniorenbeirates Vorlage: DS0155/10

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit (Bg V) Herr Brüning teil.

Der Beigeordnete Herr Brüning macht umfassende Ausführungen zur Drucksache. Insbesondere verweist er darauf, dass die Bildung des Seniorenbeirates sich an dem im Stadtrat beschlossenen Modell des Beirates für Integration und Migration orientiert. In seinen Ausführungen geht er weiterhin auf die in der Satzung vorgeschlagene Verfahrensweise zur Bildung des Beirates ein. Hierbei sollte durch entsprechende Ausschreibungskriterien gesichert werden, dass Beiratsmitglieder möglichst über Erfahrungen in der Seniorenarbeit verfügen. Hinsichtlich der Bildung einer hierfür erforderlichen Wahlkommission wird dem Stadtrat ein entsprechender Vorschlag unterbreitet. Als terminliche Zielstellung zur Konstituierung des Beirates benennt er den 30. 09. 2010.

In der sich anschließenden Diskussion informiert Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, dass bei der Durchsicht der Drucksache zu bestimmten Punkten Unklarheiten bestehen. Nach Abstimmung mit der Geschäftsstelle des Seniorenbeauftragten wurde deshalb ein Papier erarbeitet mit Vorschlägen, entsprechende Formulierungsänderungen vorzunehmen. Beispielfhaft benennt er dabei die im § 3 – Zusammensetzung und Bildung des Seniorenbeirates – unter Punkt 1 nicht klar definierte Formulierung hinsichtlich der Benennung eines Vertreters der Verwaltung im Beirat.

Er bittet darum, die vorgelegten Formulierungsänderungen zu überdenken.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt aus, dass die Änderungsvorschläge sehr kurzfristig vorgelegt wurden und unterbreitet den Vorschlag, die Änderungen zunächst seitens des Beigeordneten I Herrn Platz prüfen zu lassen und diese in Form eines entsprechenden Änderungsantrages im Ausschuss KRB zu diskutieren.

Stadtrat Bromberg verweist darauf, dass rechtlich keine Probleme gesehen werden und die vorgeschlagenen Formulierungen die Satzung nicht infrage stellen.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, legt seine Auffassung dar, dass vom Grundsatz her Einigkeit zur Gründung des Beirates besteht. Als problematisch bezeichnet er jedoch den vorgelegten Zeitplan für die Schaffung des Beirates und hält es für angebrachter, den Zeitraum bis zur Beschlussfassung der Drucksache im Stadtrat zu verlängern, die erforderliche Ausschreibung erst nach der Sommerpause des Stadtrates vorzunehmen und die weitere Terminierung des Verfahrens entsprechend anzupassen.

Auf seine Nachfrage zur Beteiligung der Träger der Seniorenarbeit bei der Erstellung der Drucksache informiert der Beigeordnete V Herr Brüning, dass die Thematik in der AG „Seniorenpolitik und Altenplanung“ besprochen wurde. Insbesondere verweist er auf die mit der Gründung des Beirates entstehende Brisanz, dass die mit Stadtratsbeschluss eingerichteten Privilegien der bisherigen Seniorenvertretung aufgehoben werden. Eine Abstimmung zur Satzung im Einzelnen erfolgte hier nicht, da dafür keine Erforderlichkeit besteht. Seitens des Seniorenbeauftragten wurde jedoch die Unterstützung signalisiert.

Hinsichtlich des Vorschlages zur Verlängerung des Zeitplanes ist diese für ihn vorstellbar zumal dies nicht zu einem Abbruch bei der Vertretung von Senioreninteressen führt. Wichtig ist die Entscheidung, dass die Bildung eines Seniorenbeirates überhaupt gewollt ist.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE, bezeichnet die vorliegende Drucksache als diskutables Papier und verweist darauf, dass sich auch aus seiner Fraktion heraus bestimmte Änderungen abzeichnen. Er unterstützt den Vorschlag zur Verlängerung des Zeitplanes.

Auf Grund der noch nicht abschließenden Diskussion der Drucksache in seiner Fraktion kündigt er an, sich bei einer Abstimmung enthalten zu wollen.

Hinsichtlich des vorgeschlagenen Zeitplanes nimmt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper Bezug auf die von Stadtrat Schwenke im Stadtrat gegebene Erklärung, dass die bisherige Kandidatin für die Position des Seniorenbeauftragten ihre Bewerbung zurückgezogen hat. Somit besteht jetzt die Situation, dass der bisherige Seniorenbeauftragte weiterhin dieses Amt wahrnimmt.

Herr Dr. Trümper informiert über ein Schreiben der Seniorenvertretung und deren Auffassung, sich mit der Beiratsbildung entmachtet zu fühlen. Zur weiteren Verfahrensweise im Umgang mit der Seniorenvertretung wird von ihm Anfang Mai ein klärendes Gespräch mit dem Beigeordneten V Herrn Brüning stattfinden.

Hinweis: Stadtrat Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, trifft um 16.25 Uhr zur Sitzung ein.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt seine Auffassung dar, dass die ablehnende Haltung der Seniorenvertretung dem Stadtrat bewusst ist und damit entsprechend umgegangen werden muss.

Ebenfalls unterstützt er eine entsprechende Verlängerung des Bewerbungszeitraumes.

Als problematisch bezeichnet er die Satzung dahingehend, dass keine Regelungen enthalten sind, die ehrenamtliche Tätigkeit des Beirates über eine entsprechende Geschäftsstelle zu organisieren und zu unterstützen.

Der Beigeordnete V Herr Brüning verweist hierzu auf die Regelungen zur Unterstützung der Tätigkeit der Beauftragten der Stadt Magdeburg und insbesondere darauf, dass ein Personalaufwuchs nicht gewollt sei.

Ergänzend führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, dass die bestehenden Räumlichkeiten im Rathaus und die vorhandene Bürotechnik zur Unterstützung der Beauftragentätigkeiten für die Tätigkeit des Beirates mitgenutzt werden können.

Im Ergebnis der Diskussion zieht der Oberbürgermeister nachfolgendes Fazit:

1. Seitens aller Fraktionen besteht die grundsätzliche Zustimmung zur Bildung des Seniorenbeirats, hinsichtlich der Details besteht jedoch noch Diskussionsbedarf.
2. Es besteht Übereinstimmung, den Zeitplan für die erforderliche Ausschreibung zu verlängern.
3. Die Drucksache DS0155/10 wird in 1. Lesung zur Kenntnis genommen und geht in den weiteren Beratungsverlauf. Die von den Fraktionen gewünschten Änderungen werden in Form entsprechender Änderungsanträge vorgelegt und in die weitere Ausschussberatung einbezogen.

5.2. Stand der Umsetzung des A0093/09 der CDU-Fraktion - Graffitiprojekt in Magdeburg - Gestaltung von Stromverteilerkästen Vorlage: I0052/10

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit (Bg V) Herr Brüning teil.

Der Beigeordnete V Herr Brüning legt seine Auffassung dar, dass mit der Übernahme des Stadtratsauftrages zur Gestaltung von Strom- bzw. Verteilerkästen seitens des Jugendamtes in das Graffiti-programm dieser Auftrag als erfüllt angesehen wird.

Er informiert, dass sowohl mit den Städtischen Werken als auch mit der City-Com GmbH entsprechende Vereinbarungen getroffen wurden und eine Anzahl von Gestaltungen bereits erfolgte und somit eine Aufwertung des Stadtbildes erreicht werden konnte. Die noch nicht gestalteten Objekte werden im Laufe des Frühjahrs abgearbeitet.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, spricht seinen Dank für die Umsetzung des Antrages aus und bezeichnet es als bedauerlich, dass sich die Telekom gegen das Projekt sperrt.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

5.3. Wiederaufbau der Ulrichskirche Vorlage: DS0133/10

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper erläutert umfassend die Hintergründe zur vorliegenden Drucksache. Insbesondere legt er seine Auffassung dar, dass eine Bürgerbeteiligung sinnvoll ist, da der Wiederaufbau der Kirche als „Geschenk“ an die Bürger der Stadt Magdeburg betrachtet werden kann und diese darüber entscheiden sollen, ob sie das wollen. Ebenso hält er die Beteiligung der Bürger für erforderlich, da mit dem Kirchenbau auch das Stadtbild verändert wird.

In der sich anschließenden Diskussion begrüßt Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE, eine Bürgerbeteiligung, da mit dem Vorhaben die Stadt entscheidend geprägt wird. Als problematisch bezeichnet er jedoch die für den Bürgerentscheid vorgeschlagene Fragestellung hinsichtlich der Zurverfügungstellung des Grundstückes. Entscheidend sei zunächst, ob die Bürger den geplanten Kirchenbau wirklich wollen. Bei einer Zustimmung zum Vorhaben sollte die Bereitstellung des Grundstückes dann keine Schwierigkeit darstellen.

Stadtrat Theile verweist darauf, dass das Grundstück für den städtischen Haushalt einen gewissen Wert darstellt und hinterfragt die Bedeutung der Formulierung „zur Verfügung stellen“. Bezug nehmend auf den Fakt, dass hinsichtlich der privaten Finanzierung des Vorhabens ein Finanzierungs- sowie städtebauliches Konzept seitens der Betreiber erstellt werden soll, sieht er die Umsetzung der Konzepterstellung als schwierig an, wenn wesentliche Punkte hinsichtlich des Grundstückes nicht vorliegen.

Bezug nehmend auf die Ausführungen des Stadtrates Theile verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper darauf, dass seitens der Stadt nicht über den Wiederaufbau der Kirche entschieden werden kann sondern nur zur Grundstücksfrage. Erläuternd führt er aus, dass die Zurverfügungstellung nicht die Schenkung des Grundstückes bedeutet. Er legt seine Auffassung dar, dass die Frage, ob die Bürger den Wiederaufbau der Kirche wollen, als sekundär zu sehen ist. Primär muss eine Entscheidung zum Grundstück sein.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, legt seine Auffassung dar, dass zur Frage des Wiederaufbaus noch eine ganze Reihe inhaltlicher Fragen diskutiert werden muss. Eingehend auf den Antrag A0055/10 des Ausschusses StBV zur Unterstützung des Wiederaufbaus der Kirche und des Änderungsantrages seiner Fraktion und der FDP-Fraktion hierzu führt er aus, dass hiermit als Verfahrensweise vorgeschlagen wird, zunächst eine Entscheidung des Stadtrates herbeizuführen.

Stadtrat Bromberg informiert über die Auffassung seiner Fraktion, die vorliegende Drucksache analog der Überweisung des Antrages A0055/10 in den Fachausschüssen mitberaten zu lassen und unterbreitet den Vorschlag, die Drucksache entsprechend in die Diskussion zu geben.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist auf den Unterschied zwischen vorliegender Drucksache und den eingebrachten Anträgen.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begrüßt ebenfalls die Durchführung des Bürgerentscheids. Den Vorschlag des Oberbürgermeisters zum Entscheid verbindet er mit der Hoffnung, dass dies auch bei anderen wichtigen Punkten häufiger der Fall sein wird. Er bezeichnet den Zeitpunkt als richtig gewählt, da es bis dahin dem Kuratorium möglich sein wird etwas vorzulegen, was die Umsetzung des Vorhabens glaubhaft darlegen kann.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, hält es für angebrachter, dass sich zunächst der Stadtrat positioniert und abzuwarten, ob es ein Bürgerbegehren gibt. Er bezeichnet den Vorschlag des Oberbürgermeisters als problematisch und spricht sich gegen eine Zustimmung zur Drucksache aus.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, hält es für möglich, dass in der Öffentlichkeit die Auffassung entsteht, die Stadt würde mit dem Bürgerentscheid den Bau der Kirche beschließen. Er spricht sich dafür aus, die vorbereitenden Arbeiten im Stadtrat vorzunehmen und gleichzeitig seitens des Kuratoriums die erforderlichen Konzepte erarbeiten zu lassen. Auf dieser Grundlage sollte gesagt werden, was machbar ist und danach erst eine Entscheidung der Bürger erfolgen.

Stadtrat Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, legt seine Auffassung dar, dass bei einer Bürgerbeteiligung nicht mehr erreicht wird, als eine Zustimmung oder Ablehnung zum Kirchenbau. Probleme, die sich um das Vorhaben ranken, werden dadurch nicht gelöst. Er hält zunächst eine Positionierung des Stadtrates für erforderlich, zu welchen Konditionen der Bürgerentscheid durchgeführt werden soll. Der in die Fachausschüsse überwiesene Antrag bildet hierfür eine gute Grundlage.

Der Oberbürgermeister bringt den Einwand, dass durch eine Stadtratsentscheidung im Ergebnis der Diskussion für eine Unterstützung des Vorhabens ein Bürgerentscheid nicht mehr sinnvoll ist.

Das Kuratorium wolle Sicherheit, dass die erforderlichen Mittel gesammelt werden können. Wichtig sei jetzt die Entscheidung, ob das Vorhaben gewollt sei oder nicht.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, nimmt Bezug auf den Grundstückswert und verweist darauf, dass es sich hierbei um ein Flächendenkmal handelt und der Grundstückserwerber sich mit den entsprechenden Altlasten auseinandersetzen muss. Er hält den Zeitpunkt für den Bürgerentscheid für zu spät, da schnellstmöglich für das Kuratorium die Gewissheit bestehen muss, ob Gelder gesammelt werden können.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE, unterbreitet den Vorschlag, die Bürger direkt zur Durchführung des Vorhabens zu befragen. Wenn seitens der Bürger die Zustimmung zum Projekt gegeben wird sollte die Grundstücksfrage kein großes Problem mehr darstellen. Die Frage sollte sein, ob der Kirchenbau gewollt ist.

Stadtrat Rösler, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, unterbreitet den Vorschlag, die Drucksache analog Überweisungsantrag zum A0055/10 in die Ausschüsse *StBV*, *UwE*, *K*, *KRB*, *FG* und *VW* zu überweisen.

Im Ergebnis der Diskussion zieht der Oberbürgermeister nachfolgendes Fazit:

Die vorliegende Drucksache wird vertagt.

Dem Stadtrat wird empfohlen, die Drucksache in die Diskussion zum Antrag A0055/10 des Ausschusses *StBV* und des Änderungsantrages der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! und FDP-Fraktion im Rahmen des Überweisungsantrages des Stadtrates einzubeziehen.

5.4. Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: DS0551/09

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Der Beigeordnete I Herr Platz erläutert die wichtigsten Satzungsänderungen.

1. § 8, Ziffer 3 – Zuständigkeiten des Verwaltungsausschusses bzw. des Oberbürgermeisters bei Personalangelegenheiten

Herr Platz führt aus, dass hinsichtlich der Entscheidungen des Verwaltungsausschusses zu Einstellungen bzw. Beförderung von Beamten Signale aus der Politik gegenüber der Verwaltung geäußert wurden, dass diese den Empfehlungen der Verwaltung folgen müssen und keine andere Wahl haben. Dieser Auffassung wurde mit der vorgeschlagenen Änderung in § 8 Rechnung getragen.

Erläuternd legt er die Auffassung der Verwaltung dar, dass der Verwaltungsausschuss in diesen Personalfragen keine Zuständigkeit mehr haben sollte, sondern diese sich auf die wichtigen Entscheidungen hinsichtlich der Besetzung von Beigeordneten- bzw. Amtsleiterpositionen konzentrieren sollte.

2. § 8 Ziffer 4 – Zuständigkeiten bei der Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens

Zum Hintergrund für die Änderung dieser Hauptsatzungsregelung verweist der Beigeordnete I Herr Platz auf Veränderungen in der Rechtsprechung. Insbesondere führt er aus, dass nach dieser Änderung der *StBV* nur empfehlenden Charakter haben kann.

3. § 16 – Beauftragte

Mit dieser Änderung wird der Tatsache Rechnung getragen, dass es in der Landeshauptstadt jetzt die Position des Integrationsbeauftragten gibt und somit die Regelung der Hauptsatzung entsprechend angepasst wird.

Abschließend informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass weitere Änderungen redaktioneller Art bzw. klarstellender sind.

Bezug nehmend auf den von allen Fraktionen signalisierten Abstimmungsbedarf erläutert Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, dass damit eine einheitliche Position des Stadtrates zu den vorgeschlagenen Änderungen erreicht werden soll.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen überein, die Behandlung der Drucksache zunächst zu vertagen und eine erneute Behandlung im Verwaltungsausschuss nach abschließender Behandlung in den Fachausschüssen StBV, KRB und FG vorzunehmen.

5.5. Änderung des Gesellschaftsvertrages der GWM Gesellschaft für
Wirtschaftsservice Magdeburg mbH
Vorlage: DS0097/10

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen (Bg II) Herr Zimmermann teil.

Der Beigeordnete Herr Zimmermann macht erläuternde Ausführungen zur Drucksache.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Hinweis: Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, verlässt kurzzeitig die Sitzung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0097/10 in seiner Sitzung am 27. 05. 2010 zu beschließen.

6. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin